

Frankfurter Rundschau vom 31. Mai 1968

Freiheit, die sie meinen

Von Horst Köpke

Sie wollen einer Frankfurter Schule den Namen Rosa Luxemburgs geben (warum nicht?), aber den Satz der bedeutenden Sozialistin, wonach Freiheit immer die des Andersdenkenden ist, haben sie sich ganz offensichtlich nicht zu Herzen genommen. Während die Reaktionen und Konservativen in CDU und SPD in Bonn die letzten Vorbereitungen trafen, der formalen Verfassung Freiheitsrechte abzuwickeln, trieben Ho-Ho-Ho-Tschl-Minh-Kratscher im Frankfurter Funkhaus den „Spiegel“-Herausgeber Rudolf Augstein vom Rednerpult. Was als eine eindrucksvolle Demonstration des sich gegen die Notstandsgesetze auflehrenden Geistes begonnen hatte, endete mit einer Selbstenklärung des linken Establishments und seines Anhangs. Wie an der Bonner Parlamentsmehrheit alle rationalen Argumente abprallen, so mag auch der SDS keine Wahrheiten hören, die nicht in sein enges Weltbild passen. Das Stück, das gegenwärtig in deutschen Universitäten, in Versammlungssälen, in Theatern und auf Straßen gespielt wird, heißt doch wohl: Demonstration der Aussichten, was aus der Freiheit in diesem Lande wird, wenn Hans-Jürgen Krahl und Genossen darüber zu bestimmen haben, was geredet und gedruckt wird.

Daß die rechten Westberliner Sozialdemokraten nicht ertragen können, was ihr linker Flügelmann Harry Ristock ihnen an maßvollen, liberalen Argumenten zu bieten hat, hat leider sein Gegenstück darin gefunden, daß SDS-Studenten es nicht über sich bringen, die Analyse Augsteins anzuhören, die sich von ihrer unterscheidet. Die Erklärung, man habe es ihm einfach einmal helmzahlen wollen, daß er seinen „Spiegel“ unter die Auflagenfettschalen hat fallen lassen, reicht ja wohl für das blöde Geblöde im Sendesaal nicht aus.

Augsteins Warnung vor einem „Illusions-Revolutionarismus“ war nur allzu berechtigt, seine Lagebeurteilung, daß diejenigen, die streiken sollten, einfach nicht auf die Straße zu bringen sind, nur allzu realistisch. Der SDS hat das Verdienst, den Anstoß zu einer Entwicklung gegeben zu haben, die Hoffnungen für die Demokratisierung der Bundesrepublik bietet. Aber er hat ständig die Lage falsch eingeschätzt. Er glaubte an die Möglichkeit schneller Erfolge, oder er erweckte bei seinen Mitläufern zumindest diesen Eindruck. Die Enttäuschung mußte kommen. Viele der Exzesse der letzten Tage lassen sich nur aus dieser Enttäuschung erklären. Aber ein Rekrutierungszimmer vollzukotzen ist kein revolutionärer Akt.

Was soll das Geschwätz von der Revolution? Ein Hochschulinstitut, das niemand verteidigt, zu besetzen, ist keine Heldentat. Wer die Revolution will, muß nach Bonn ziehen, muß das Bundeskanzleramt besetzen, muß die Kontrolle über die Bundeswehr zu erlangen versuchen, muß sehen, ob dieses Volk auf sein Kommando hört. Aber zu den Spielregeln der Revolution gehört auch das Standgericht für den Unterlegenen. Will man das nicht — und man will es nicht —, dann lege man die Revolutionspamphlete zu den Akten.

Unsere „Revolutionäre“ kritisieren die Sowjetunion. Sie weisen mit Recht auf deren Bürokratismus und auf die bürgerliche Müßiggangigkeit ihrer Bewohner hin. Woraus schließen sie, daß ihnen mehr gelinge? In diesem Deutschland, das Autorität, Ruhe und Ordnung so über alles schätzt? Sie selbst sind doch das Establishment von morgen. Unter denen, die heute „Ho, Ho, Ho-Tschl-Minh“ schreien, sind die Bendas, Neubauers und Wetzels von morgen, die dann vermutlich gegen solche „liberale Schwätzer“, wie wir es nun einmal sind, weit weniger zimperlich vorgehen würden.

Krahl und Genossen verlangen von anderen, sie sollen sich rechtfertigen. Eber sollten sie sich selber rechtfertigen dafür, daß sie die außerparlamentarische Opposition gespalten haben. Sie begannen als radikal-demokratische Bewegung. Doch dann wurden ihr Sozialismus, Marxismus, Marcusianismus, Guevarismus aufgepfropft. Für solche Auffassungen sind keine breiten Mehrheiten zu bekommen. Erreicht wurde bisher nur, daß die unter Druck endlich in Angriff genommenen Reformen stagnieren. Die Universitäten

wurden nicht umgestaltet, sondern stillgelegt. Was ist dadurch gewonnen?

Es ist ganz offenkundig, daß der SDS nicht mehr in der Lage ist, die antiautoritäre Bewegung anzuführen. Er hat nur allzuoft bewiesen, daß er genau wie die Rechte, der Mehrheit seinen Willen aufzwingen möchte, wenn er sie nicht überzeugen kann. Er hat seine Funktion erfüllt. Es wird Zeit, daß ihm das Heft aus der Hand genommen wird von jenen, die an Stelle ziellosen Aktivismus genau kalkulierte Veränderungen anstreben. Es darf nicht alles beim Alten bleiben, nur weil der SDS und seine Mitläufer vorsagt haben.